



An den Grossen Rat

21.5497.02

GD/P215497

Basel, 1. November 2023

Regierungsratsbeschluss vom 31. Oktober 2023

Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend «Schaffung einer Beratungs- und Präventionsstelle für Menschen mit pädophilen Neigungen»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 27. Oktober 2021 den nachstehenden Anzug Joël Thüring und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

«Gemäss Schätzungen gibt es in der Schweiz rund 30'000 Menschen mit pädophilen Neigungen. Ein Grossteil davon sind Männer. Wenn sie ihre Neigung ausleben, machen sie sich strafbar – sei es, in dem sie Kinderpornografie konsumieren oder gar ein Kind sexuell misshandeln. Um dies zu verhindern, unterstützt der Bund seit letztem Herbst entsprechende Präventionsangebote für Pädophile finanziell. So soll erreicht werden, dass Menschen, die sich zu Kindern angezogen fühlen, gar nicht erst zu Tätern werden.

Nun hat der Kanton Zürich, als erster Kanton der Schweiz, reagiert und ein umfassendes und kostenloses Beratungsangebot geschaffen: Die Präventionsstelle Pädo-Sexualität.

Die zuständige Gesundheitsdirektorin, Regierungsrätin Natalie Rickli, und der Zürcher Ständerat, Daniel Jostsch, haben auf Bundesebene jahrelang für eine entsprechende Subventionierungshilfe des Bundes gekämpft. Durch dieses Engagement der beiden Politiker hat der Bund im Herbst 2020 reagiert und die Kantone aufgefordert, entsprechende Therapie-Angebote auszuarbeiten.

Mit dem Aufbau der besagten Präventionsstelle hat die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich die Klinik für forensische Psychiatrie der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) beauftragt. Das Projekt ist vorerst auf drei Jahre beschränkt. Eine erste Tranche von CHF 250'000 zur Finanzierung hat der Zürcher Regierungsrat bereits gesprochen. Die Fachstelle soll auch mit bestehenden, privaten, Angeboten zusammenarbeiten.

Wie erfolgreich ein solches Angebot sein kann, zeigen Zahlen der renommierten Berliner Charité, die das Projekt «Kein Täter werden» vor 15 Jahren ins Leben gerufen hat. So verüben lediglich 2% der Pädophilen, die eine solche niederschwellige Therapie besucht hatten, irgendwann einen sexuellen Übergriff auf ein Kind. Eine ähnlich hohe Erfolgsquote wäre deshalb wohl auch in der Schweiz möglich. Die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel UPK sind für das Thema zwar sensibilisiert und bieten in diesem Bereich Hilfe an. Jedoch ist festzustellen, dass das Angebot bis dato kaum genutzt wurde. Entsprechend hat sich die UPK vor Kurzem gemeinsam mit Vertretern der auf Pädophilie spezialisierten psychiatrischen Institutionen in Frauenfeld, Genf und Zürich zusammengetan, um ein Präventions-netzwerk auf die Beine zu stellen. Hierfür wurde der Gründer besagter Anlaufstelle in Berlin («Kein Täter werden») beauftragt, ein Schwesternetzwerk «Kein Täter werden Suisse» aufzubauen. Die Finanzierung dieses Netzwerks ist noch nicht gesichert und es ist unklar, welchen finanziellen Beitrag die Kantone – namentlich also auch der Kanton Basel-Stadt – leisten könnte und möchte. Es ist den Anzugsstellenden deshalb ein Anliegen, dass ein solches Projekt, welches mit Beteiligung der UPK Basel über ein interkantonales Netzwerk wie bspw. «Kein Täter werden Suisse» mitunterstützt werden könnte, durch den Kanton Basel-Stadt vorangetrieben werden kann.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten, wie er sich finanziell am Aufbau einer kantonalen Beratungs- und Präventionsstelle für Menschen mit pädosexuellen Neigungen beteiligen könnte resp. dieses mit Dritten, wie bspw. der UPK, Privaten und/oder anderen Kantonen, aufbauen kann.

Joël Thüring, Catherine Alioth, Michela Seggiani, Edibe Gölgeli, Jérôme Thiriet, Andrea Strahm, Balz Herter, David Wüest-Rudin, Annina von Falkenstein, Beatrice Messerli, Johannes Sieber, Mahir Kabakci, Sandra Bothe, Pascal Messerli, Christoph Hochuli, Fleur Weibel, Daniela Stumpf, Brigitte Gysin, Thomas Widmer-Huber, Oliver Bolliger, Michelle Lachenmeier, Toya Krummenacher, Laurin Hoppler»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Ausgangslage

Laut Analysen der World Health Organization (WHO) zur Prävalenz des sexuellen Kindesmissbrauchs in Europa, werden rund 10% aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren Opfer von sexuellem Missbrauch. Für die Schweiz liegen vergleichbare Zahlen vor. Sexuelle Missbrauchserfahrungen können anhaltende psychische und physische Beeinträchtigungen nach sich ziehen und sind von erheblicher gesellschaftlicher Relevanz. Die meisten Fälle sexuellen Kindesmissbrauchs, aber auch der Nutzung von Missbrauchsabbildungen, erfolgen im sogenannten Dunkelfeld¹.

Der überwiegende Teil sexuellen Kindesmissbrauchs erfolgt zudem durch Ersttäter. Im Rahmen ihrer Postulate aus dem Jahr 2016 verwiesen Nationalrätin Natalie Rickli und Ständerat Daniel Jositsch auf die Bedeutung von präventiven Massnahmen zur Verhinderung sexuellen Kindesmissbrauchs. Vom Bundesamt für Sozialversicherungen wurde in der Folge eine Studie in Auftrag gegeben².

In Erfüllung der Postulate verabschiedete der Bundesrat am 11. September 2020 den Bericht «Präventionsangebote für Personen mit sexuellen Interessen an Kindern»³. Darin hält er fest, dass es in der Schweiz spezialisierte Beratungs- und Therapieangebote für Personen mit sexuellen Interessen an Kindern gibt, in der Deutschschweiz jedoch Lücken bestehen. Zudem fehle es in der ganzen Schweiz an Therapeutinnen und Therapeuten, welche bereit seien, Personen mit sexuellen Interessen an Kindern zu behandeln.

Aus Sicht des Bundesrates ist es wichtig, die Lücken im Schweizer Präventionsangebot zu schliessen und die Angebote aufeinander abzustimmen. Auch sollte in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Institut für ärztliche Weiter- und Fortbildung, den für die Weiter- und Fortbildung von Psychologinnen und Psychologen zuständigen Berufsverbänden sowie den medizinischen Fachgesellschaften geprüft werden, wie das Thema der pädophilen Neigung, der Stigmatisierung der Betroffenen sowie der Prävention von sexuellen Handlungen mit Kindern noch stärker in die Weiter- und Fortbildung von Fachpersonen des Gesundheitswesens integriert werden könnte.

Der Bundesrat hielt in seinem Bericht schliesslich fest, dass der bisherige Fokus der Prävention einerseits opferbezogen (Primäre Präventionsmassnahmen wie bspw. Informationskampagnen in Schulen/breite Öffentlichkeit mit dem Ziel der Aufklärung und Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch) und andererseits täterbezogen (Tertiäre Präventionsmassnahmen wie kriminalrehabilitative Massnahmen) erfolgte. Sekundärpräventive Massnahmen⁴ wurden in der Schweiz als bislang unzureichend vorhanden beurteilt.

¹ Das sog. Helffeld bezieht sich hier auf alle offiziell in der Kriminalstatistik erfassten sexuellen Kindesmissbrauchshandlungen. Demgegenüber bezeichnet das sog. Dunkelfeld alle sexuellen Kindesmissbrauchshandlungen, die nicht offiziell gemeldet wurden.

² Niehaus, Pisoni, Schmidt 2020: Präventionsangebote für Personen mit sexuellen Interessen an Kindern und ihre Wirkung | Hochschule Luzern (hslu.ch).

³ <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/publikationen-und-service/medieneinformatioen/nsb-anzeigeseite.msg-id-80366.html>.

⁴ Sekundärpräventive Massnahmen beziehen sich auf selektive Zielpopulationen, die bereits als Risikogruppen für die Begehung sexuellen Kindesmissbrauchs erachtet werden oder sich als solche selbst identifizieren. In der Umsetzung handelt es sich hierbei zumeist um Anlaufstellen für Personen, die sexuell an Kindern und Jugendlichen interessiert sind, oder die sich aufgrund sonstiger Risikofaktoren für gefährdet halten, zukünftig die sexuelle Integrität von Kindern und Jugendlichen zu verletzen.

Gemäss Bundesrat wurde der Bedarf eines anonymen, kostenlosen und niederschwelligen Beratungs- und Behandlungsangebots analog des deutschen Netzwerkes «Kein Täter werden» als ausgewiesen erachtet und er hat die Etablierung solcher Strukturen empfohlen. Hinsichtlich der Verantwortlichkeiten kam der Bundesrat zum Schluss, dass die Sicherstellung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen Sache der Kantone sowie namentlich der psychiatrischen Universitätskliniken sei. Dem Bund komme aufgrund der verfassungsmässigen Kompetenzordnung bei der Bereitstellung eines spezialisierten Behandlungsangebots keine Rolle zu. Hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlungen des Bundesrats wurde vorgesehen, dass das Bundesamt für Sozialversicherungen dem Bundesrat bis im Frühjahr 2025 einen Bericht über die bis dahin erfolgten Entwicklungen sowie eine aktualisierte Bestandsaufnahme des Schweizer Präventionsangebots für Personen mit sexuellen Interessen unterbreiten soll.

Im Sinne der vom Bundesrat empfohlenen gesamtschweizerischen Koordination der einzelnen Beratungs- und Behandlungsstandorte erfolgte im Juni 2021 die Vereinsgründung «Kein Täter werden Suisse» mit den Gründungsmitgliedern Universitaire Psychiatrische Kliniken Basel, forio Frauenfeld, Hôpitaux Universitaires de Genève und der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich.

2. Definition der Begrifflichkeiten «Pädophilie / Hebephilie»

Menschen, die sich sexuell zu Kindern hingezogen fühlen, begehen nicht zwangsläufig sexuelle Übergriffe oder nutzen Abbildungen sexuellen Kindesmissbrauchs (sog. Kinderpornografie). Daher müssen die Begriffe Pädophilie / Hebephilie und sexueller Kindesmissbrauch unterschieden werden. Während die strafrechtliche Bezeichnung «Sexueller Missbrauch von Kindern» vorrangig sexuelle Handlungen vor, an und mit Kindern beschreibt, wird unter Pädophilie / Hebephilie eine sexuelle Ansprechbarkeit auf den kindlichen beziehungsweise jugendlichen Körper verstanden. Nicht jeder Mensch mit einer Pädophilie oder Hebephilie begeht sexuellen Kindesmissbrauch und nicht jeder Sexualstraftäter ist pädophil oder hebephil.

Die Häufigkeit der Pädophilie bzw. pädophilen Störung in der Allgemeinbevölkerung ist unbekannt⁵. Die Häufigkeit wird – bislang erhobenen Daten zufolge – auf bis zu 1% der männlichen Bevölkerung geschätzt⁶. Aufgrund des grossen Tabus basieren die aktuellen Daten vorwiegend auf Selbstdeklaration oder Evaluation von bestimmten Zielgruppen. Für eine gesicherte medizinische Diagnose ist jedoch eine professionelle psychiatrische Abklärung mit ausführlichen klinischen Interviews notwendig. Eine Pädophilie wird fast ausschliesslich bei Männern diagnostiziert, betroffene Frauen zeigen sich wenig. Über die Häufigkeit einer pädophilen Präferenz bei Frauen gibt es daher derzeit keine gesicherten Erkenntnisse. In einigen wenigen Veröffentlichungen zu diesem Thema wird bisher davon ausgegangen, dass es sich um Einzelfälle handelt⁷.

3. Pilotprojekt «Kein Täter werden Suisse»

Der klinischen Erfahrung nach leiden viele der betroffenen Menschen unter ihren sexuellen Impulsen und suchen eigenmotiviert therapeutische Hilfe. Oftmals fehlt es jedoch an qualifizierten Angeboten, da es diesbezüglich nur sehr wenige qualifizierte Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten gibt. Die Mehrzahl der Massnahmen zur Vorbeugung sexueller Übergriffe auf Kinder bestehen aus pädagogischen Kampagnen und Angeboten für potenzielle Opfer (Kinder), Erziehungspersonen und Eltern. Eine Therapie, wie sie von den Netzwerkpartnern angeboten wird, will den betroffenen Menschen Unterstützung im Umgang mit ihrer Sexualität bieten.

Vor dem Hintergrund der erwähnten politischen Vorstösse und der Empfehlungen im Bericht des Bundesrates, wurde im Juni 2021 auf Basler Initiative der unter Ziffer 1 genannte Verein «Kein

⁵ Cohen & Galynker, 2002; Seto, 2008.

⁶ Beier et al., 2005; Dombert et al., 2015.

⁷ Bundschuh, 2001; Schorsch, 1985.

Täter werden Suisse» in Zürich gegründet. Das Angebot, welches schweizweit etabliert und an einheitlichen Standards ausgerichtet sein soll, richtet sich dezidiert an Menschen im Dunkelfeld, also an diejenigen, welche (noch) nicht justizbekannt sind; entweder, weil sie bisher keine Taten begangen haben, bislang nicht strafverfolgt wurden oder Strafen für erfolgte Taten verbüßt haben und keinen justiziellen Auflagen mehr unterliegen.

Das Versorgungsangebot «Kein Täter werden Suisse» soll unmittelbar psychische Störungen sowie pädophile Neigungen der sich vorstellenden Personen erkennen, behandeln, lindern oder eine Verschlechterung der Symptomatik verhüten. Es soll die Patienten damit psychosozial stabilisieren und so mittelbar auch deren Fremdgefährdungsrisiko minimieren, sexuellen Missbrauch verhindern und seine gesellschaftlichen, individuellen und negativen gesundheitlichen Folgen ersparen.

An den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) bestehen langjährige Bemühungen, ein Behandlungsprogramm für Personen mit sexuellem Interesse an Minderjährigen im Bereich der Sekundärprävention zu etablieren. Die UPK bieten derzeit auf eigene Kosten ein zeitlich befristetes anonymes und kostenloses Präventionsangebot an, welches sich an den Leitlinien des deutschen Netzwerks «Kein Täter werden» orientiert. Dazu wurden mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult. Ziel der UPK ist es, dieses Behandlungsangebot im Rahmen eines Pilotstandorts für «Kein Täter werden Suisse» in den nächsten Jahren weiterzuführen und auszubauen.

Insoweit steht der Zweck der Gesundheitsversorgung Behandlungsbedürftiger und -williger Betroffenen im Vordergrund, wobei positive kriminalpräventive Effekte für die Betroffenen und deren soziales Umfeld zugleich berücksichtigt werden. Was den Umgang mit Gefährdungsaspekten und damit zusammenhängenden Melderechten und Meldepflichten betrifft, ist ein strukturiertes und transparentes Vorgehen etabliert. Das Angebot soll durch Prävention zur Verbesserung der Qualität und Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsversorgung beitragen.

4. Beurteilung des Anliegens

Eine pädophile Neigung ist eine Störung der sexuellen Orientierung und nach aktuellem Wissensstand nicht veränderbar. Aus der Forschung und der klinischen Arbeit ist bekannt, dass viele Menschen, welche sich sexuell zu Kindern und Jugendlichen hingezogen fühlen, unter ihrer sexuellen Präferenz und deren gesellschaftlicher Stigmatisierung leiden und sich deshalb Hilfe wünschen. Sie können jedoch kaum offen mit jemandem über ihre sexuelle Neigung sprechen.

Die psychische Belastung und damit verbunden oft ein sozialer Rückzug, kann dazu führen, dass Betroffene depressiv werden oder ein geringes Selbstwertgefühl entwickeln. Diese Faktoren wiederum erhöhen das Risiko wesentlich, dass jemand tatsächlich sexuelle Handlungen mit Kindern begeht oder Kinderpornographie konsumiert.

Ziel muss es daher sein, therapeutische Präventionsmaßnahmen wie Beratungs- und Therapieangebote zu etablieren, welche wirksam werden, bevor es zu sexuellen Übergriffen und/oder der Nutzung von Missbrauchsabbildungen im Internet kommt. Hier setzen die von den Anzugsstellen den erwähnten Angebote an. Das Pilotprojekt der UPK schafft auf kantonaler Ebene die vom Bundesrat empfohlenen anonymen und kostenlosen Beratungs- und Behandlungsstrukturen zur Sekundärprävention für Menschen mit sexuellem Interesse an Minderjährigen. Das Angebot richtet sich in erster Linie an Betroffene, die im Kanton Basel-Stadt wohnhaft sind.

5. Fazit

Der Regierungsrat sieht Bedarf für ein anonymes, kostenloses und niederschwelliges Beratungs- und Behandlungsangebot für Menschen mit pädophilen Neigungen. Mit den UPK und dem Pilotprojekt «Kein Täter werden Suisse» besteht bereits ein Angebot und ein Partner, der dieses Beratungs- und Behandlungsangebot professionell etablieren und umsetzen kann. Das Pilotprojekt der

UPK schafft auf kantonaler Ebene die vom Bundesrat empfohlenen und im Anzug Joël Thüring geforderten, anonymen und kostenlosen Beratungs- und Behandlungsstrukturen zur Sekundärprävention für Menschen mit sexuellem Interesse an Minderjährigen. Derzeit werden alternative Möglichkeiten für die finanzielle Unterstützung der drei Projektjahre (2024 – 2026) geprüft.

6. Antrag

Aufgrund dieser Ausführungen beantragen wir den «Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend «Schaffung einer Beratungs- und Präventionsstelle für Menschen mit pädophilen Neigungen» stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin